

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
02/2013*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

am 19. Februar ist das Parlament zu einer Sondersitzung zusammengekommen.

In der Sitzung ging es u.a. um das Verhandlungsergebnis bezüglich des EU-Finanzrahmens für die Jahre 2014 bis 2020. Außerdem wurde eine Dringliche Anfrage der Grünen an die Finanzministerin behandelt, bei der es um die Spekulationen und Verluste in Milliardenhöhe in Niederösterreich ging.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Dienstag, dem 19.2.2013, trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen. Die Bundesregierung präsentierte die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar, bei dem der EU-Finanzrahmen fixiert worden war. Am Nachmittag standen im Rahmen einer von den Grünen eingebrachten Dringlichen Anfrage die Spekulationen und Verluste in Milliardenhöhe in Niederösterreich auf der Tagesordnung.

Bundeskanzler Werner Faymann betonte im Rahmen seiner Erklärung zu den Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen, dass **Österreich** unter dem Strich **Gewinner** ist. Die Einigung auf den mehrjährigen Finanzrahmen ist ein **gutes und wichtiges Ergebnis für Österreich** und für **Europa**. Wenn man die Verpflichtungen Österreichs von 0,33 Prozent in der letzten Periode mit dem jetzigen Ergebnis von **0,31 Prozent der Wirtschaftsleistung** als Obergrenze vergleicht, dann handelt es sich – nicht zuletzt auch im Vergleich mit Deutschland, dem Vereinigten Königreich oder Frankreich – um ein **fares Ergebnis**.

Besonders betonte der Bundeskanzler die Bedeutung des mit sechs Milliarden Euro dotierten **Fonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**. **Österreich** und andere EU-Länder wurden hier als **Vorbild** herangezogen. So wie die Finanztransaktionssteuer anfangs viele Zweifler hatte und jetzt in elf Staaten in der Zielgeraden ist, so gilt es nun auch der **Herausforderung der Jugendarbeitslosigkeit** zu begegnen. "Mehr als fünf Millionen arbeitslose Jugendliche verlangen, dass Europa und die Europäische Union zusammenstehen und gemeinsame Beschlüsse fassen. Damit soll das **Wachstum** in Europa angekurbelt und die **Beschäftigung** gestärkt werden", sagte Bundeskanzler Faymann.

Auch das Ergebnis für den **ländlichen Raum** hob der Bundeskanzler besonders hervor. Der ländliche Raum und die dort entstehenden Arbeitsplätze spielen für Österreich, ebenso wie die Entwicklung urbaner Zentren, eine große Rolle. Ein weiterer Schwerpunkt zeigt sich durch die Erhöhung der **Mittel für Forschung, Wissenschaft und Infrastruktur** von 2 auf 3,1 Milliarden Euro. Das entspricht der Zielsetzung der SPÖ, nicht bei jenen Beträgen zu kürzen, die für die Innovationskraft sowie für den Wettbewerbs- und Wirtschaftsstandort Europa wichtig sind.

Auch SPÖ-Klubobmann **Josef Cap** beschäftigte sich mit der **Rolle der Oppositionsparteien**. "Die FPÖ ist im Denken von 'Dörfern und Stämmen' stecken geblieben und verweigert die Tatsache, dass die Welt inzwischen vernetzt ist", übte Cap heftige Kritik an der "EU-feindlichen Haltung der FPÖ, die Österreich schadet". **Österreich** ist das **drittreichste Land in der EU** und bekommt **700 Millionen Euro zusätzlich** für den ländlichen Raum, die Mittel wurden hier verfünffacht und der **Rabatt**

wurde **verteidigt**. "**Österreich** hat hier **gut verhandelt**, dazu sollten alle Parteien stehen und nicht Österreich kleiner machen, als es ist", so Cap.

Wichtig ist auch, dass nicht nur die nationalen Staaten **sparsam haushalten**, sondern dass auch in Brüssel sparsam und verantwortungsvoll mit den Geldern umgegangen wird. Dem wird mit dem **Einfrieren der Beamtengehälter** für zwei Jahre, mit **Sparen** bei der **Verwaltung** und mit zwei Prozent Personalabbau stattgegeben. Österreich ist einer der fleißigsten **Investoren** in den Mitgliedsländern der EU und holt sehr viele **Fördergelder** in Brüssel ab, die in Österreich in Projekte investiert werden, die dafür sorgen, dass wir die höchste Beschäftigung haben.

Ein in der Sitzung eingebrachter **Misstrauensantrag** des BZÖ gegen die gesamte Bundesregierung fand keine Mehrheit. Nur Freiheitliche und Klub Stronach unterstützten die orange Initiative. Ein **Neuwahlantrag** der FPÖ wurde dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Am Nachmittag beschäftigte sich der Nationalrat im Rahmen der Behandlung einer **Dringlichen Anfrage** mit den **Spekulationsverlusten** in **Niederösterreich**. SPÖ-Abgeordneter **Hubert Kuzdas** forderte, dass dem **Verzocken von Steuergeldern** ein **Riegel vorgeschoben** wird und betonte, dass sich die **Verluste** in Niederösterreich mittlerweile auf **1,8 Milliarden Euro** belaufen. "Mit diesem Geld hätte man zum Beispiel tausende Eigenheime fördern und neue Bildungseinrichtungen schaffen können", so Kuzdas. **Anton Heinzl**, SPÖ-Bereichssprecher für Verkehr und Infrastruktur, forderte einen **geordneten Ausstieg** aus den Veranlagungen als einzige Chance, das Land noch vor größeren Schäden zu bewahren. In den letzten zehn Jahren ist der **Wert der veranlagten Wohnbaugelder** von **8,2 auf 3,3 Milliarden Euro gesunken**, durch den Wertverlust ist auch der Ertrag weit hinter den Erwartungen geblieben. Zusätzlich haben sich im selben Zeitraum die **Bankschulden** des Landes Niederösterreich mehr als **verdreifacht**, sie betragen nun 3,5 Milliarden Euro. „Durch die Spekulationen wurde nichts zusätzlich finanziert, sondern nur in den Finanzcasinos Steuergeld vernichtet. Daher brauchen wir ein absolutes Spekulationsverbot ohne Schlupfloch“, so Heinzl.

Otto Pendl betonte, dass die Aufhebung der Zweckbindung für die Wohnbauförderung der Grundstein für die folgenden Entwicklungen gewesen sei. Er forderte eine **sachliche Diskussion** bei diesem wichtigen Thema ein und schloss sich der Forderung nach einem **Spekulationsverbot** an. **Ulrike Königsberger-Ludwig** beschäftigte sich mit der Rolle der **ÖVP** bei den **Spekulationsverlusten**. Während von allen Seiten davon ausgegangen werde, dass durch die Spekulationen tatsächlich ein **Schaden für das Land Niederösterreich** entstanden sei, leugne die ÖVP immer noch die vorliegenden Tatsachen. Die SPÖ-Abgeordnete forderte **Aufklärung** und **Transparenz**, um in Zukunft aus den Fehlern lernen zu können und derartige Geschäfte zu verhindern. Ähnlich argumentierte **Peter Wittmann**, SPÖ-Verfassungssprecher, der ebenfalls den **Gesamtverlust** von **1,8 Milliarden Euro** betonte. Er wies auch darauf hin, dass entgegen ursprünglicher Vorgaben eine **hochspekulative Veranlagungsstrategie** verfolgt wurde und forderte stärkere Kontrollen.

Rede zum Verhandlungsergebnis bezüglich des EU-Finanzrahmens 2014-2020

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte Kollegen und Kolleginnen! Herr Kollege Bucher, Ihr Schreien und Ihre künstliche Aufregung machen Ihre Aussagen auch nicht glaubwürdiger. Wir hören das immer wieder, Sie stellen sich hier hin und brüllen in die Runde, aber Ihre Aussagen werden dadurch nicht glaubwürdiger.

Ich will Ihnen das auch beweisen: Als Wolfgang Schüssel 2005 ein wesentlich schlechteres Ergebnis ausverhandelt hat, da haben Sie Folgendes gesagt (*Abg. Bucher: Das ist aber lange her!*) – ich zitiere: „Begreifen Sie doch endlich einmal, dass wir Europa stärken müssen, dass wir das nur gemeinsam können und dass Österreich daher einen wichtigen Beitrag leisten muss! Das, meine Damen und Herren“ – so sagen Sie weiter – „wird Arbeit, Beschäftigung, Wachstum und soziale Sicherheit in Europa bringen! Österreich muss aber dazu auch, wie gesagt, einen wesentlichen Beitrag leisten.“

Das, meine Damen und Herren, war 2005 die Aussage desselben Abgeordneten Bucher, der vor fünf Minuten gerade das Gegenteil davon gesagt hat. (*Abg. Grosz: Frau Muttonen, was hat Herr Cap 2005 gesagt?*) Deswegen sind Ihre Aussagen auch nicht glaubwürdig.

Der neue Finanzrahmen ist ein guter Kompromiss, meine Damen und Herren, aus vielen Gründen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Es war von Beginn an klar, dass die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen diesmal besonders schwierig sein würden, weil die Positionen der einzelnen Staaten so weit auseinander gelegen sind. Besonders für Österreich war es eine sehr schwierige Ausgangslage. Noch im November wurde darüber diskutiert, dass uns alle Rabatte gestrichen werden sollten und dass es auch keine zusätzlichen Mittel für den ländlichen Raum geben sollte. Das hätte insgesamt 2 Milliarden € gekostet.

Zu Recht hat daher die „*European Voice*“ am 14. Februar 2013 in einem Bericht zu diesen Verhandlungen geschrieben: Österreich ging mit der verletzbarsten Position aller Mitgliedsstaaten in den Gipfel. – Wenn man sich diese Sachlage anschaut, dann kann man sagen, es ist ein umso größerer Erfolg, in *all* diesen genannten Bereichen zusätzliches Geld für Österreich herausgeholt zu haben, unter schwierigen Bedingungen und durch konsequentes Verhandeln.

Meine Damen und Herren, ich wage die Prognose, dass unser Beitrag de facto noch geringer sein könnte. Es hat sich in letzter Zeit gezeigt, dass wir Österreicher und Österreicherinnen Meister im Abholen von Fördergeldern für die zahlreichen Projekte, die von der EU mitfinanziert werden, sind.

Besonders an der Einigung zum EU-Budget hervorheben möchte auch ich den neuen Fonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Diese 6 Milliarden € sind dafür reserviert, Jugendliche wieder in Beschäftigung zu bekommen. Wir haben es schon gehört, es sind in der EU derzeit 5,5 Millionen junge Menschen ohne Beschäftigung, in Griechenland sind es laut den neuesten Zahlen 62 Prozent. Damit hat Griechenland Spanien überholt, das bei zirka 55 Prozent liegt.

Man kann schon sagen, dass die Jugendarbeitslosigkeit aktuell eines der schwerwiegendsten Probleme der EU ist. Daher bin ich sehr froh darüber, dass wir diesen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gesetzt haben und die sozialen Probleme ernst nehmen. Damit gibt es jetzt auf europäischer Ebene ein umfassendes Maßnahmenpaket: den neuen Fonds und – da war Österreich Vorbild – die Jugendgarantie, die den Jugendlichen garantiert, dass sie binnen vier Monaten einen Job oder eine Ausbildung bekommen sollten. Jeder Euro, den wir gegen die Jugendarbeitslosigkeit investieren, ist ein guter Euro.

Wichtig sind auch die eingeplanten Investitionen in Zukunftsbereiche wie Forschung, Bildung und Infrastruktur. Für den Ausbau der Schienennetze stehen 20 Milliarden € mehr zur Verfügung, und Österreich profitiert von diesen transnationalen Schienennetzen besonders.

Herr Bucher, warum sagen Sie in Kärnten nicht, dass Sie gegen den Koralm-Tunnel sind? (*Abg. Bucher: Ich bin ja nicht dagegen!*) Warum sagt der Herr Dörfler nicht, dass er gegen den Koralm-Tunnel ist, dass er gegen die Förderungen für Österreich und auch für Kärnten ist?

Gemessen an der Wirtschaftsleistung gehört Österreich zu den wohlhabendsten Ländern Europas, das haben wir uns hart erarbeitet und es muss uns klar sein, dass das auch massiv mit der EU-Mitgliedschaft zusammenhängt. (*Abg. List: Themenverfehlung! – Abg. Silhavy: Nur weil Sie es nicht verstehen!*) Es ist das Prinzip der EU, dass wir den schwächeren Ländern helfen. Wer daher die leicht höheren Zahlungen an die EU kritisiert, kritisiert in Wirklichkeit auch unseren wirtschaftlichen Erfolg, und da machen wir nicht mit.

Ich gratuliere zu diesem Verhandlungsergebnis. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Pressemeldungen und Veranstaltungen:

[Muttonen : Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen müssen rasch zum Abschluss kommen \(01.02.2013\)](#)

[EU-Gipfel - Muttonen : Europäisches Signal für Wachstum und Beschäftigung \(09.02.2013\)](#)

[Muttonen zu Finanztransaktionssteuer: Spekulieren wird unattraktiv \(14.02.2013\)](#)

[Nationalrat - Muttonen : EU-Finanzrahmen ist ein guter Kompromiss \(19.02.2013\)](#)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte Euch zum Schluss noch die folgende Einladung weiterreichen - ein wichtiger Termin im Kärntner Wahlkampf: Kärntens Kulturschaffende melden sich zu Wort. Nicht versäumen!

LIEBE LEUTE, DRAGI VSI!

Wir sind der Auffassung, dass die kommende Landtagswahl eine Chance zur politischen Wende in Kärnten darstellt, und möchten uns deshalb mit künstlerischen Mitteln in den Wahlkampf einblenden. Geplant ist eine Veranstaltung unter dem Titel WAHLEMPFEHLUNGEN, bei der Kärntner Kulturschaffende künstlerische Statements zur bevorstehenden Wahl abgeben werden. Die Aktion findet am 20. Februar um 17.00 Uhr vor der Pestsäule am Alten Platz in Klagenfurt/Celovec statt.

Auf Ihr/Euer Kommen freuen sich
Yulia Izmaylova (VADA), Richard Klammer (TALLTONES EXTENDED) und
Gerhard Pilgram (UNIKUM) im Namen der OrganisatorInnen.
Prisrčno vabljeni!

WAHLEMPFEHLUNGEN VOLILNA PRIPOROČILA

20 02 2013 | 17.00
PESTSÄULE, ALTER PLATZ | KLAGENFURT/CELOVEC

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

MITWIRKENDE | SODELUJOČI:

**Klaus Amann Martin Dueller Simone Dueller Gerhard Fresacher Stefan Gfrerrer
Wolfgang Grossl Angelika Hödl Yulia Izmaylova Richard Klammer
Werner Koroschitz Emil Krištof Gerhard Lehner Jani Oswald
Philosophische Versuchsreihen Dietmar Pickl Gerhard Pilgram Barbara Rapp
Erwin Riess Robert Schabus Meina Schellander Andrea K. Schlehwein
Primus Sitter Raimund Spöck Marjan Štikar Felix Strasser Inge Vavra
Oliver Vollmann Lojze Wieser Sara Zambrano Florian Zambrano**

WAHLEMPFEHLUNGEN

Ein Produkt der 1. Kärntner Kurzschluss-Handlung
Zündholzschachtel, dreifarbig bedruckt mit zwei Dutzend blauköpfigen Zündern, 50 x 50 x 10 mm in
Klarsichthülle mit gelochter Kartonleiste.
Best before 03 03 2013.

EUR 3,- pro Stück, Zusendung portofrei.

[BESTELLEN](#) | [NAROČITI](#)

**P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L**

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien

www.christine-muttonen.at